Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7281**

14. Wahlperiode 06. 11. 2001

Antrag

der Abgeordneten Dr.-Ing. Rainer Jork, Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Thomas Rachel, Ilse Aigner, Dr. Maria Böhmer, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Norbert Hauser (Bonn), Klaus Holetschek, Steffen Kampeter, Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg), Werner Lensing, Erich Maaß (Wilhelmshaven), Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Günter Nooke, Katherina Reiche, Hans-Peter Repnik, Heinz Schemken, Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke), Dr. Erika Schuchardt, Bärbel Sothmann, Margarete Späte, Angelika Volquartz, Heinz Wiese (Ehingen) und der Fraktion der CDU/CSU

Lehrstellenmangel in den neuen Bundesländern bekämpfen – Reformen in der beruflichen Bildung vorantreiben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nach Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes haben im Jahr 2000 rund 2 % weniger Jugendliche als im Jahr zuvor einen neuen Ausbildungsvertrag im Rahmen des dualen Systems abgeschlossen. Während die Zahl der Verträge gegenüber dem Vorjahr im Westen nahezu gleich blieb (–0,2 %), gab es im Osten einen Rückgang von 7,8 %, im Ausbildungsbereich Handwerk sogar von 12,3 %. Das Versprechen der Bundesregierung, dass jeder, der könne und wolle, auch ausgebildet werde, wurde damit weder 1999 noch im Jahr 2000 eingelöst.

Von ca. 770 000 Bewerbern um einen Ausbildungsplatz schafften im Jahr 2000 nur etwa 400 000 den Sprung in eine reguläre Ausbildung. Der Rest wurde, wie schon im Jahr zuvor, in Ersatzmaßnahmen und unsinnigen Warteschleifen geparkt. Das JUMP-Programm der Bundesregierung hat sich auch im vergangenen Jahr nicht ausreichend bewährt. Es zeigt deutlich: Staatlich finanzierte Maßnahmen sind nur eine Notlösung; gebraucht werden vor allem betriebliche Ausbildungsplätze. Man kann jedoch nicht erwarten, dass die Betriebe über ihren eigenen Bedarf hinaus ausbilden, wenn sie an anderen Stellen zusätzlich belastet werden. Deshalb sind die von der Bundesregierung gerade den kleinen Unternehmen auferlegten Belastungen, von der Unternehmensbesteuerung bis hin zum neuen Betriebsverfassungsgesetz, nicht geeignet, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu stärken.

Im Ausbildungsjahr 2000/2001 ist die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt etwas kleiner geworden. Eine grundsätzliche Besserung ist jedoch nur in den alten Bundesländern zu beobachten. Insbesondere in Baden-Württemberg, Bayern und im Saarland sind viele angebotene Lehrstellen unbesetzt geblieben. Die Situation in den neuen Bundesländern dagegen ist unverändert dramatisch. Während im September 2001 in den alten Ländern

im Durchschnitt 0,97 Berufsausbildungsstellen je Bewerber zur Verfügung standen, waren es im Osten nur 0,57 pro Bewerber. Parallel zu den düsteren Geschäftserwartungen haben viele ostdeutsche Unternehmen, vor allem im Handwerk, Bau und Handel, angekündigt, die Zahl ihrer Ausbildungsplätze weiter zu reduzieren. Immer mehr Jugendliche verlassen für Ausbildung und Arbeit ihre Heimat; 1998 und 1999 waren es insgesamt mehr als 100 000 junge Menschen unter 25 Jahren. Dies hat drastische Folgen für die demographische Entwicklung und Zukunftsfähigkeit ganzer Regionen.

Die differenzierte regionale Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt ist stark von der wirtschaftlichen Erwartung der Unternehmen abhängig. Vor allem für die ostdeutsche Wirtschaft ist daher eine finanzielle Unterstützung ihres Ausbildungsengagements weiterhin notwendig.

Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen wird in den kommenden Jahren zunächst deutlich steigen, im Westen stärker als im Osten. Der Höhepunkt wird in den Jahren 2004 bis 2006 erreicht. Auch danach sinkt im Westen nur die Zahl der Hauptschulabsolventen. Das Ausbildungsengagement der Unternehmen muss daher auf hohem Niveau gehalten und möglichst noch gesteigert werden, um die starken Jahrgänge der Schulabsolventen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und den Facharbeiternachwuchs langfristig zu sichern. Ab 2007 werden ausbildungswillige und -fähige Jugendliche zu einem knappen Gut. Im Osten ist dann mit einem dramatischen Einbruch bei den Schulabgängern zu rechnen (minus 40 %). Die Sicherung des Fachkräftenachwuchses für die nächsten Jahre muss daher zu einem entscheidenden Kriterium der Berufsbildungspolitik werden.

Die Modernisierung des Systems der beruflichen Ausbildung ist die Kernfrage für die Zukunft der dualen Berufsausbildung in Deutschland. Damit das System auch in unserer modernen Informations- und Dienstleistungsgesellschaft attraktiv, bedarfsorientiert und international wettbewerbsfähig bleibt, müssen kontinuierliche strukturelle Veränderungen vorgenommen werden. Die Ausbildungsordnungen müssen konsequent weiterentwickelt werden; mehr Differenzierung und Flexibilisierung sind nötig, z. B. durch Einführung von Wahlpflicht- und Wahlfächern. Das gilt gleichermaßen für Inhalte, Methoden, Ausbildungsformen und Prüfungen. Die Interessen und Begabungen der Jugendlichen müssen besser als bisher aufgegriffen werden; der sich schnell wandelnde Qualifikationsbedarf in unterschiedlichen Branchen und Unternehmen aller Größen muss zügiger aufgegriffen und gedeckt werden. Gefordert sind hier alle Partner in Bund, Ländern, den Arbeitgeberverbänden, Kammerorganisationen und den Gewerkschaften.

Berufsschulen und Betriebe klagen häufig über eine schlechte Vorbildung der Schulabgänger, besonders in den Kernfächern Deutsch und Mathematik. Auch Leistungsbereitschaft und Motivation der Schüler lassen häufig zu wünschen übrig. Hier sind in erster Linie die allgemein bildenden Schulen gefordert, die Schüler für die anschließende Berufsausbildung besser zu qualifizieren, zu motivieren und für technische Berufe zu interessieren.

Insbesondere die Berufsschulen stehen vor großen Herausforderungen. Eingeengt durch Rahmenbedingungen, die aus innovationsärmeren Zeiten stammen, drohen die Berufsschulen bei der wachsenden Berufspalette und der immer komplexeren Ausbildung in den Betrieben den Anschluss zu verlieren. Die Ausstattung entspricht oft nicht dem Stand der Technik. Zudem besteht an den Berufsschulen schon jetzt ein akuter Lehrermangel.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung und die Länder auf:

1. Die kleinen und mittleren Unternehmen in den neuen Bundesländern brauchen eine beschäftigungs- und ausbildungsfördernde Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik und die konsequente Förderung im Rahmen des Solidarpaktes II und der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Wichtig ist die Abkehr von der Förderung nach dem Gießkannenprinzip. Notwendig ist vielmehr eine zielgenaue Förderpolitik, die Investitionsaktivitäten anregt und die Innovationspotentiale der mittelständischen Wirtschaft stärkt. Ansatzpunkte hierfür sind zielgerichtete Kredit- und Zuschussprogramme und zweckgebundene Infrastrukturzuweisungen für die ostdeutschen Kommunen.

2. Die Maßnahmen des staatlich finanzierten Sofortprogramms JUMP müssen erneut auf ihre Effizienz hin überprüft und in den neuen Ländern an die spezifischen Umstände angepasst werden. Sinnlose Ersatzmaßnahmen gehören abgeschafft; primäres Ziel aller Maßnahmen muss die unmittelbare Integration in den ersten Arbeitsmarkt sein.

3. Außerbetriebliche Lehrstellen dürfen im Osten in den nächsten Jahren nur in dem Maße reduziert werden, wie das Angebot an betrieblichen Stellen wächst.

4. Die Mobilität lehrstellensuchender Jugendlicher im Osten muss bei fehlenden Alternativen weiterhin gefördert werden. Falls ein Bewerber keine Lehrstelle in den neuen Bundesländern findet, muss die Rückkehr in die Heimat nach der Ausbildung in den alten Ländern nachdrücklich unterstützt werden.

5. Um das Angebot an betrieblichen Stellen in den neuen Ländern zu erhöhen, sind Lohnkostenzuschüsse vor allem an finanzschwache kleine und mittlere Unternehmen zu zahlen.

6. Die Ausbildungsfähigkeit und -bereitschaft der Unternehmer müssen gefördert werden. Um Betriebe, die nicht oder noch nicht ausbilden, für die Ausbildung zu gewinnen, müssen die Informations- und Beratungsangebote verbessert werden. Das Ausbildungsplatzentwicklungsprogramm sollte verlängert werden. Zugleich müssen die Möglichkeiten, die sich auch kleinen und mittleren Betrieben immer zur Ausbildung bieten, voll genutzt werden. Da viele kleine und mittlere Unternehmen die hohen Ausbildungskosten von etwa 100 000 DM pro Lehrling nicht tragen können, sind die bewährten Ausbildungsringe und -verbünde angemessen zu unterstützen.

7. Die berufliche Bildung soll als Alternative zur gymnasialen und Hochschulbildung weiterentwickelt und wegen des Praxisbezuges vorwiegend im bewährten dualen System von schulischer und betrieblicher Ausbildung durchgeführt werden. Sobald die Zahl der Schulabsolventen sinkt, sollten einige Bundesländer den bedenklichen Trend zur Verstaatlichung der Berufsausbildung stoppen, indem sie die Kapazität ihrer Fachschulen wieder abbauen.

8. Neue „Quellen“ für Ausbildungsplätze müssen erschlossen werden. Dazu gehören insbesondere die ausländischen Betriebe in Deutschland, die häufig aus Unkenntnis des dualen Systems oder wegen nicht vorhandener Ausbildereignung keine Ausbildungsplätze anbieten.

9. Bei ausländischen Jugendlichen müssen dringend die Kenntnisse in der deutschen Sprache verbessert werden – auch durch Absenken des Höchstalters im Rahmen des Familiennachzugs. Wegen zunehmender Defizite sinkt zurzeit das Interesse an einer Berufsausbildung.

10. Um das Angebot an Lehrstellen und die Nachfrage der Jugendlichen besser aufeinander abzustimmen, sollten geeignete Prognosemodelle für die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe entwickelt und eingesetzt werden. Deren Ergebnisse müssen so rechtzeitig vor Beginn eines Ausbildungsjahres bei den einschlägigen Beratungsstellen vorliegen, dass sie bei der Berufsberatung der Jugendlichen berücksichtigt werden können.

11. Besonders Ausbildungsgänge mit hohem Zukunftspotential sind zu fördern, um dem Fachkräftemangel in vielen Branchen zu begegnen bzw. vorzubeugen.

12. Die Lehrinhalte sind an die schnellen technologischen Veränderungen und die Internationalisierung der Wirtschaft anzupassen. Eine schnelle Anpassung der Ausbildungsordnungen an neue technisch-organisatorische Entwicklungen ist dringend erforderlich. Große Ausbildungspotentiale liegen noch in den neuen technischen, produktionsorientierten Dienstleistungen, in den Kaufleute- und Verwaltungsberufen sowie in den sozialen und pflegerischen Dienstleistungen. Nach dem Beispiel Hamburgs sollten auch die anderen Bundesländer Pflege- bzw. Gesundheitsberufe in die duale Ausbildung aufnehmen.

13. Neben der Aktualisierung bestehender Berufe heißt die Herausforderung, neue Berufe für neue Beschäftigungsfelder mit Zukunft zu schaffen. Dabei ist auf kreative Strukturelemente zu achten, die für die Ausbildungsbetriebe Spielräume eröffnen und eine weitgehende Flexibilität ermöglichen. Das kommt auch den unterschiedlichen Eignungen und Begabungen von Jugendlichen entgegen.

14. Generell muss die Ausbildungsdauer je nach Leistung des einzelnen Lehrlings weiter flexibilisiert werden. Das bewährte Prinzip Lernen und Arbeiten, ein Kennzeichen des dualen Systems, ist noch umfassender als bisher an die aktuellen Bedingungen der Berufswelt anzupassen.

15. Eine modular gestaltete Aus- und Weiterbildung, deren Qualität ständig überprüft und gesichert werden muss, ist Voraussetzung, um bestimmte Teilabschlüsse zu zertifizieren. Nach dem Bausteinmodell sollen Grundqualifikationen erworben werden, die durch Wahlpflichtbausteine und Wahlbausteine ergänzt werden. Wie vom Bundesinstitut für Berufsbildung vorgeschlagen, muss ein einheitlicher „Berufsbildungspass“ eingeführt werden.

16. Neue Berufsbilder oder die Modernisierung von Ausbildungsordnungen mit geringeren theoretischen Anforderungen, bei denen auch eine zweijährige Ausbildung in Betracht kommt, dürfen nicht mehr an den Gewerkschaften scheitern. Notfalls muss die Bundesregierung von der Möglichkeit Gebrauch machen, Ausbildungsordnungen ohne Konsens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erlassen. Dabei kommen vor allem Erprobungsverordnungen nach § 28 Abs. 3 und eine Stufenausbildung nach § 26 Berufsbildungsgesetz in Betracht.

17. Auch besonders begabte Jugendliche in der beruflichen Bildung verdienen eine gezielte Förderung, weil der Zugang zu höheren allgemeinen Bildungsabschlüssen anhält und die Nachfrage nach höherer Qualifikation zunimmt. Das seit 1991 bestehende Förderprogramm „Begabtenförderung in der beruflichen Bildung“ sollte deshalb ausgebaut und auf die betriebliche Ausbildung erweitert werden.

18. Die Abstimmung von Berufsschule und betrieblicher Ausbildung im dualen Ausbildungssystem muss verbessert werden. Durch intelligentere Aufteilung der Berufsschulzeiten kann die Anwesenheitszeit der Lehrlinge im Betrieb deutlich erhöht werden – um bis zu 6 Monate bei einer dreijährigen

Ausbildung. Dadurch steigt der Praxisanteil, und die Ausbildungskosten der Betriebe sinken. Beides fördert die Bereitschaft, mehr Lehrlinge einzustellen.

19. Es wird immer wichtiger, dass möglichst viele Jugendliche einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland absolvieren. So können sie am besten von den Chancen profitieren, die der europäische Binnenmarkt ihnen bietet. Fremdsprachenkenntnisse und Auslandserfahrungen erhöhen heute die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Der Fremdsprachenerwerb, die Vermittlung von praktischen Arbeitserfahrungen im Ausland und die Mobilität sollten daher besonders gefördert werden. Die einzelnen europäischen Qualifizierungsprogramme sind möglichst praxisnah zu gestalten; der Zugang zu den Förderangeboten muss vereinfacht werden. Über die Schaffung eines eigenständigen europäischen Mobilitätsprogramms ist mit den EU-Partnern zu verhandeln.

20. Die Bundesländer müssen dafür sorgen, dass zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden und die technische Ausstattung der Berufsschulen verbessert wird, damit diese wieder gleichwertige Partner der Betriebe werden. Wegen des Mangels an qualifiziertem Lehrernachwuchs müssen sich die Berufsschulen für „Quereinsteiger“ öffnen und stärker auf Fachkräfte aus der Wirtschaft zurückgreifen.

21. Da die Existenzgründer von heute die Ausbilder von morgen sind, müssen in allen schulischen und beruflichen Bildungsgängen bereits frühzeitig die Bereitschaft und der Mut zur Selbständigkeit und Existenzgründung geweckt und durch ein umfangreiches Informationsangebot hinsichtlich der Einstiegshilfen („Meister-BAföG“, Gründungskapital) gefördert werden.

Berlin, den 6. November 2001

Dr.-Ing. Rainer Jork
Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)
Thomas Rachel
Ilse Aigner
Dr. Maria Böhmer
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Norbert Hauser (Bonn)
Klaus Holetschek
Steffen Kampeter
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Werner Lensing
Erich Maaß (Wilhelmshaven)
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Günter Nooke
Katherina Reiche
Hans-Peter Repnik
Heinz Schemken
Dr.-Ing. Joachim Schmidt (Halsbrücke)
Dr. Erika Schuchardt
Bärbel Sothmann
Margarete Späte
Angelika Volquartz
Heinz Wiese (Ehingen)
Friedrich Merz
Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333